

Schulstandort Biberist für Aussenquartiere



Der Gemeinderat hat entschieden, dass die Kinder der Aussenquartiere neu in Biberist die Schule besuchen werden. Auslöser dafür war, dass Solothurn und Zuchwil die Schulkosten für auswärtige Kinder erhöht haben.

Zudem hat die Gemeindeversammlung die beantragte Steuererhöhung zwei Mal abgelehnt. Der Gemeinderat sah sich nun gezwungen, auch schmerzhaft Einsparungen zu machen. Besuchen neu alle Kinder die Schule in Biberist, bedeutet das Einsparungen für die Gemeinde von 240'000 Fr. pro Jahr.

Schwieriger Entscheid

Der Kanton erachtet den Schulweg vom Schöngrün-Quartier nach Biberist als zumutbar, aber nicht sehr attraktiv. Die SP diskutierte lange über die Vor- und Nachteile. An der Parteiversammlung wurden die Einsparungen als unverhältnismässig und kurzfristig angesehen. Für die Parteimitglieder ist es verständlich, dass auch die Kinder der 1. und 2. Klasse nach Biberist zur Schule kommen sollen. Wenn überhaupt dürfe dies erst nach der 3. oder noch besser 6. Klasse erfolgen.

Für die SP sind nicht nur gesunde Gemeindefinanzen wichtig, sondern auch attraktive Wohnquartiere und sichere sowie kurze Schulwege.

Informationspolitik kritisiert

Die Informationspolitik der Gemeinde wurde kritisiert. So wurde den betroffenen Quartierbewohnern an der Informationsveranstaltung im Januar 08 im Spital versprochen, dass sie über die Ergeb-

nisse der Abklärungen der beiden Schulkommissionen orientiert werden. Dies wurde jedoch nicht getan und die betroffenen Eltern fühlten sich mit dem plötzlichen Entscheid des Rates vor den Kopf gestossen.

Entscheid mobilisierte

Der Entscheid des Gemeinderates mobilisierte im Schöngrün-Quartier die betroffenen Familien und mit der Unterstützung einer grossen Mehrheit im Quartier haben sie Beschwerde beim Regierungsrat gegen diesen Entscheid erhoben. Zudem reichten sie eine Motion ein, dass die Schulstandorte Solothurn und Zuchwil für die stadtnahen Gemeindegebiete beibehalten und die Gemeindeversammlung darüber befinden soll.

Gemeinderat wurde überrascht

Der Gemeinderat wurde von der Mobilisierung überrascht. Ebenfalls überrascht wurde der Rat, dass er die eingereichte Motion abweisen muss, weil die Schulhaus-/ Schulortzuteilung (nach § 72 Abs. 1 Bst. a Volksschulgesetz) in die abschliessende Planungskompetenz des Gemeinderates gehört. Der Rat versuchte dann mit den Quartierbewohnern ins Gespräch zu kommen, ohne sich jedoch kompromissbereit zu zeigen. Die Mehrheit des Rates wollte nur noch kleine Modalitäten für den Schulortwechsel besprechen.

Die SP bedauert, dass mit diesem kurz-sichtigen Entscheid und einer mangelhaften Informationspolitik so viel Geschirr zerschlagen wurde.

Simon Bürki-Kopp, Gemeinderat und SP-Präsident